



Épreuve vidéo ALLEMAND

Concours ECRICOME PRÉPAS 2026

Verbatims des vidéos 01 -10

Mentions légales

Les concours organisés par ECRICOME© sont des marques déposées. Tous les sujets, corrigés et verbatim sont la propriété exclusive d'ECRICOME.

Reproduction interdite en dehors du site internet d'ECRICOME©

Tous droits réservés.

Toutes les vidéos sont sourcées (voir document en ligne) au titre des droits d'auteur. Utilisation à des fins pédagogiques, accord du 4 décembre 2009 conclu entre la PROCIREP et le Ministère de l'Éducation Nationale.

- ECRICOME PRÉPAS EC • ECRICOME PRÉPAS LITTÉRAIRES • ECRICOME SCIENTIFIQUES • ECRICOME D1/D2
- ECRICOME BACHELOR • ECRICOME TREMLIN BAC+2 • TREMLIN BAC +3 •

Luca Bolz: „Physik ist meine Leidenschaft. Ich mache Physik in meiner Freizeit, in der Uni, in der Schule. Im Urlaub mache ich Physik, ich mache immer Physik.“

Heute auf dem Stundenplan Quantenmechanik. Luca Bolz studiert an der Uni Kiel im 5. Semester, als Juniorstudent. Denn Abi hat er noch nicht.

Luca Bolz: „Ich meinte bei Quantenteilchen.“

Michael Bonitz „Wir behandeln ihn jetzt nicht wie eine Sonderperson, sagen wir mal so, er macht das Gleiche, was alle anderen machen, muss die gleichen Leistungen bringen, um seinen Schein zu bekommen. Aber wenn es Fragen gibt, helfen wir natürlich. Und wir haben auch eine gute Betreuung in den Übungsgruppen, was der schwierige Teil ist, dass ich denke, dass er wird alles schaffen.“

Uni, Schule und Eltern müssen einem Juniorstudium zustimmen. Alle Scheine werden Lukas später für den Bachelor angerechnet.

Luca Bolz: „Mir geht es da nicht um den Abschluss oder sowas, mir geht es einfach darum, dass ich Spaß habe und Physik mache. Und der Abschluss ist ein bisschen nebensächlich.“

Für die Physik pendelt er zwischen Uni und Schule. Bis zu 3-mal am Tag, 10 Minuten pro Weg. Was er in der Schule verpasst, holt er nach.

Timo Off: Ich finde das sehr beeindruckend, was er da tut. In so jungem Alter so eine Leidenschaft gefunden zu haben. Und wenn dann eben ein anderes Fach dann nicht so stark ausgeprägt ist und dann eher nur eine mittlere Leistung im Zeugnis steht, ist das vernachlässigbar, finde ich.

Denn Luca ist nicht überall gut. Auch in Mathe, Hauptfach im Abi und sein Lieblingsfach, stand mal eine 5 auf dem Zeugnis.

Luca Bolz: „Also ich bin sitzen geblieben, ich war sehr schlecht in der Schule und ich hatte gar keine Lust auf Schule. Und dann habe ich neue Freunde kennengelernt, zum Beispiel auch Micha'el. Und Micha'el war immer sehr gut in Mathe. Dann habe ich angefangen Mathe zu machen und dann wurde ich besser. Es war einfach von, ich war hier, plötzlich war ich da. Dann war ich da. Das ist immer so etappenweise hochgegangen. Die eine funktioniert super einfach, ist einfach nur x^2 minus x^2 plus 1, ist jetzt nicht so schwer.“

Carsten Fuljahn: „Es passiert aber immer mal, dass einem Luca auf dem Flur begegnete und gesagt hat, Herr Fuljahn, Sie unterrichten auf Mathematik. Ich hab da mal eine Frage. Können Sie mir da mal eine Antwort geben?“

Uni und Abi gleichzeitig für Luca kein Stress. Eltern, Schule und sein bester Freund Micha'el unterstützen ihn.

Micha'el Simpson: „Wir machen Mathe, wir reden über Gott und die Welt. Ich finde das einzige was stressig ist, sind Schulfächer, worauf man keine Lust hat.“

Luca Bolz: „Und ich glaube, dass wenn man das findet, was einem Spaß macht, dass man da auch wirklich so ... dass man drin gut sein kann, einfach.“

Inzwischen sind auch andere Unis auf Luca aufmerksam geworden. Der will vor allem forschen und später mit seiner Arbeit Gutes bewirken. Aber erst mal Abi und natürlich die nächste Vorlesung.

Es sei eine gute Nacht gewesen, sagen sie heute unisono. Die, die sich angeblich nicht einigen können, haben es ausgerechnet bei dem ideologisch hoch aufgeladenen Bürgergeld geschafft.

Bärbel Bas (SPD): „Wer nicht mitmacht, wird es schwer haben. Wir verschärfen die Sanktionen bis an die Grenze dessen, was verfassungsrechtlich zulässig ist.“

Der Kanzler erläutert konkret die Stufen der Kürzungen für sogenannte Totalverweigerer.

Friedrich Merz: „Wenn allerdings der Leistungsberechtigte einen ersten Termin im Jobcenter versäumt, wird unmittelbar ein zweiter Termin für ihn angesetzt. Wird dieser Termin nicht wahrgenommen, dann werden die Leistungen in Höhe von 30 Prozent sofort gekürzt. Bleibt auch ein dritter Termin ungenutzt, werden die Geldleistungen komplett eingestellt.“

Fragen wir Thomas Wasilewski aus Mönchengladbach, was er davon hält. Er ist lange krank gewesen und lebt in der Grundsicherung, arbeitet bei einer Suppenküche mit. Er macht sich Sorgen, das ist sozial kälter werden könnte für Menschen, die Hilfe benötigen.

Thomas Wasilewski: „Du kannst morgen krank werden. Wir haben im Moment eine wirtschaftliche Situation in diesem Land, wo jeder arbeitslos werden kann in den großen Unternehmen und plötzlich auf der Straße steht und nicht mehr arbeiten kann. Er kann krank werden, kann psychisch krank werden. Und plötzlich steht er draußen vor der Tür und wird behandelt wie Müll.“

Nein, wer unverschuldet in eine soziale Krise rutscht, müsse nichts befürchten, sagt heute die SPD. Das war ihr wichtig zu betonen. Trotzdem kommt Kritik von der Opposition.

Katharina Dröge (B'90/Grüne): „Das ist eine menschlich extrem harte Entscheidung. Es heißt ja konkret, kein Geld für Nahrungsmittel mehr, kein Geld für die Wohnung mehr. Und ich finde das falsch. Und wenn die SPD das wirklich mitmacht, dann kann sie das sozial auch aus ihrem Namen streichen.“

Fragen wir den Arbeitsmarktforscher Enzo Weber, was diese Sanktionsverschärfungen denn nun bringen könnten für den Arbeitsmarkt und die Langzeitarbeitslosen.

Prof. Enzo Weber: „Die Bürgergelddebatte ist jetzt lange über Stereotype geführt worden. Also der Totalverweigerer auf der einen Seite, der Schwerstvermittelbare auf der anderen Seite. Aber die Realität, die ist einfach nicht schwarz-weiß, sondern da gibt es ganz viele Schattierungen, Menschen in schwierigen Lebenslagen. Dementsprechend die Suche nach der Zahl der Totalverweigerer, die ist echt fehlgeleitet, sondern wir müssen uns individuell um die Fälle kümmern und dann kommen wir auch weiter.“

Die Zahl der sogenannten Totalverweigerer unbekannt. Ein Sparpotenzial durch die heute verkündeten Kürzungen sieht die Ministerin wohl nur noch bei einer Milliarde Euro. Sie haben lange verhandelt, haben dabei aber eher kurzfristige Schwerpunkte gesetzt.

Markus Söder: „Danke auch an die SPD. Das Bürgergeld ist jetzt Geschichte. Es war ein zentrales gemeinsames Anliegen im Koalitionsvertrag.“

Das Bürgergeld heißt jetzt Grundsicherung. Neuer alter Name also. Die Umsetzung liegt nun bei den Jobcentern vor Ort.

Sogar der Vizekanzler lässt sich nicht entgehen, wenn Google Investitionen in Höhe von 5,5 Milliarden Euro in Deutschland verkündet. Fließen soll das Geld unter anderem in KI-Infrastruktur und Onlinespeicher, Kurz Cloud.

Philipp Justus: „Wir bauen ein neues und hochmodernes Cloud-Rechenzentrum in Hessen, und wir erweitern ein bereits bestehendes Rechenzentrum.“

In Googles Rechenzentren in der Nähe von Frankfurt soll der Schwerpunkt der Investitionen liegen. Den Vizekanzler und Finanzminister freut's. Er betont,...

Lars Klingbeil (SPD): „dass wir Deutschland auch attraktiver machen wollen für private Investitionen, dass wir privates Kapital mobilisieren wollen, dass wir zeigen wollen, Deutschland ist ein attraktiver Standort auch für Investoren aus aller Welt.“

Und Google ist eins der größten Unternehmen der Welt. Mehr als 180.000 Menschen arbeiten global für den Google-Konzern Alphabet. An den Standorten in Deutschland sind es mehr als 2.500 Menschen. Die meisten von ihnen arbeiten in München. Hier sind es über 1.800. Am Standort im Münchner Arnulfpark kümmert sich Google etwa um Datenschutz. Und einige Meter weiter baut das Unternehmen seit Jahren an der historischen Arnulfpost. Ende 2026 sollen auch hier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einziehen. Auch die Münchner Standorte sollen von den jetzt angekündigten Milliarden profitieren. Doch trotz Investitionen bleibt ein Dilemma. Auch mit neuen Rechenzentren im eigenen Land ist Deutschland letztendlich abhängig von großen US-Unternehmen wie Google.

Journalistin: „Ja, immer mehr Technologie-Riesen lassen sich in München nieder, von Apple über Openai bis Google. Welche Vor- und Nachteile bringt das mit sich? Darüber spreche ich jetzt mit Alain Thierstein. Bis letztes Jahr hat er den Lehrstuhl für Raumentwicklung an der Technischen Universität München geleitet. Herr Thierstein, Wenn Sie als Stadtforscher auf diese Entwicklung blicken, warum zieht gerade München diese großen Tech-Unternehmen so stark an?“

Alain Thierstein: „Zuerst guten Abend. Grundsätzlich gibt es zwei Gründe. Das eine ist, seit langer Zeit sind schon solche Unternehmen hier. Seit vielen, vielen Jahren gibt es die Zusammenarbeit Apple und Infineon. Das ging ein bisschen unbemerkt vorbei. Und das zweite ist natürlich, hier das sind Technologieunternehmen. Und Forschung ist sehr stark im Raum München. Die Universitäten, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen. Und das zieht eben entsprechende Unternehmen an den Standort München.“

Journalistin: „Welche positiven Effekte sehen Sie denn für München dadurch?“

Alain Thierstein: „Ja, auf der einen Seite ist natürlich München als stärkste Stadt in Deutschland, eine der stärksten Städte in ganz Europa, wird natürlich nochmal gestärkt. Die Vielfalt an Angeboten in Arbeitsplätzen, die Wertschöpfung insgesamt. Und natürlich auch Angebote für junge Absolventinnen und Absolventen.“

Moderator: „Wenn Sie, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, ein E-Auto fahren, dann laden Sie es vermutlich überwiegend zu Hause. Und wenn Sie kein E-Auto haben, dann könnte ein Grund dafür sein, dass Sie eben gar nicht wüssten, wo Sie es überhaupt laden sollen. Zum Beispiel, wenn Sie in einem Mehrfamilienhaus wohnen. Da gibt es nämlich bislang kaum Ladeboxen. Auch, weil die Wohnungsgesellschaften sagen, es fehle ihnen dafür an Geld.“

Susanne Dörrwand ist Mieterin in einem Mehrparteienhaus in Magdeburg. Und sie fährt E-Auto. Hätte sie ein Eigenheim, könnte sie selbst eine Lademöglichkeit installieren. Als Bewohnerin eines Wohnblocks war sie auf den Vermieter angewiesen. Und der bietet hier tatsächlich eine Lösung an.

Susanne Dörrwand: „Dass es eigene Infrastruktur gibt zum Laden, fand ich ganz toll. Und hat mir jetzt als Mieterin einfach überhaupt erstmal die Möglichkeit eröffnet, über ein E-Auto nachzudenken. Und letztlich, ohne die Ladesäule, hätte ich heute kein E-Auto.“

Etwa 150 Meter ist die Ladestation von der Wohnung entfernt. Nah genug, findet Susanne Dörrwand. Allerdings akzeptieren die meisten Bewohner von Mehrparteienhäusern nur bis zu 100 Meter Entfernung, nämlich 50 Prozent der in einer Studie Befragten. 30 Prozent finden auch bis zu 500 Meter in Ordnung. Und nur 20 Prozent würden bis zu 1.000 Meter gehen. Die Verfasser der Studie empfehlen, diese Wünsche ernst zu nehmen.

Annegret Stephan: „Wir wissen, dass circa 70 Prozent der Wohnungen in Deutschland sich in Mehrparteienhäusern befinden. Das heißt, wenn wir diese potenziellen Nutzerinnen und Nutzer beim Hochlauf der Elektromobilität mitnehmen möchten, dann brauchen die auch Möglichkeiten, laden zu können.“

Hier in Magdeburg gehören die Häuser einer Wohnungsgenossenschaft. Der Strom für die Autos kommt von Solarzellen auf den Dächern. Bundesweit hat nur die Hälfte der Befragten Bewohner von Wohnblöcken ähnliche Möglichkeiten. Allerdings läuft die Ladestation hier bisher nicht wirtschaftlich, sagt die Zuständige der Genossenschaft, die auch bei der SPD aktiv ist und für den Landtag kandidiert.

Julia Brandt: „Für die Wirtschaftlichkeit brauchen wir ungefähr drei Ladende pro Ladesäule. Da sind wir aber guter Dinge, dass wir das in den nächsten Jahren erreichen, weil es ist ja erstmal ein Angebot und die Mieterinnen und Mieter müssen darauf aufmerksam werden.“

Dass die Wirtschaftlichkeit oft nicht gegeben sei, ist eine der Hauptsorgen der Wohnungsunternehmen, so das Ergebnis der Studie. Dazu komme die Unsicherheit über die künftige Nachfrage nach Ladesäulen. Die Verfasser der Studie schlagen vor,...

Annegret Stephan: „die Ladeinfrastruktur insbesondere für Bewohnerinnen und Bewohner von Mehrfamilienhäusern verlässlich und auch finanziell zu fördern. Dadurch können die Unsicherheiten abgebaut werden, die es um das Thema herum im Moment zum Beispiel in der Wohnungswirtschaft gibt.“

Mehr Förderung hält auch Susanne Dörrwand für eine gute Idee. Schon deshalb, weil viele Bewohner von Wohnblöcken nicht so viel Geld in der Tasche hätten. Einen bundesweiten Förderplan für Mehrparteienhäuser hat das Verkehrsministerium inzwischen tatsächlich in Aussicht gestellt, für Anfang nächsten Jahres.

Moderatorin: „Die EU-Kommission hat, wie erwartet, eine Lockerung des Verbrenner-Aus vorgeschlagen. Auch nach 2035 sollen Autos mit Verbrenner-Technologie in der EU neu zugelassen werden können. Bislang sah die Regelung vor, dass Neuwagen ab 2035 gar kein CO₂ mehr ausstoßen dürfen. Mit der Lockerung reagierte die EU-Kommission auf Forderungen aus der Autobranche und von mehreren Mitgliedsländern. EU-Parlament und die Mitgliedstaaten müssen dem Vorschlag noch zustimmen.“

Für die unter Druck geratenen Autobauer wirkt es wie ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk. Auch nach 2035 sollen Verbrenner-Motoren weiter in der EU zugelassen werden. Die Pflicht zu Elektroautos ist gekippt, so der Vorschlag der Kommission. An den Details wurde bis zuletzt streng vertraulich gearbeitet.

Der CO₂-Ausstoß von Neuwagen sollte eigentlich bis 2035 um 100 Prozent, also komplett reduziert werden. Jetzt beschlossen nur 90 Prozent weniger. Gelten soll das für Hybridfahrzeuge, aber auch Range Extender, also E-Autos mit kleinem Verbrennermotor und sogar auch für klassische Verbrenner.

Ausgeglichen werden soll das durch die Nutzung von sogenanntem grünen Stahl und Biokraftstoffen.

Michael Bloss (die Grünen): „Das ist auf jeden Fall viel schlimmer als erwartet. Die Gleichung ist, Verbrenner dürfen bis in alle Ewigkeit weiterfahren, wenn sie grünen Stahl verbauen. Und diese Gleichung ist schlecht fürs Klima, sie ist aber auch schlecht für die Industrie.“

Um dem entgegenzusteuern, will die Kommission Anreize schaffen, um mehr kleine E-Autos in Europa zu bauen und zu verkaufen. Vor allem durch Sonderregeln.

Moderatorin: „Gerade die Bundesregierung hat sich seit Monaten für eine Lockerung beim Verbrenner-Aus stark gemacht, auch um der schwächelnden deutschen Autoindustrie zu helfen. Das Verbrenner-Aus und die E-Mobilität werden hierzulande kontrovers diskutiert. Wie unterschiedlich Menschen auf die Themen schauen, zeigt ein Beispiel aus Erkelenz im Rheinland.“

Morgens halb sieben in Erkelenz bei Mönchengladbach. Sven Hoffmann bricht zur Arbeit auf. Einer von Millionen Pendlern in Deutschland. Hier auf dem Land ist er auf sein Auto angewiesen. Und das, findet er, kann kein Elektroauto sein.

Sven Hoffmann: „Wir haben tatsächlich hier in unserem Ort, also wir haben 5000 Einwohner, haben wir eine einzige öffentliche Ladesäule. Ich habe keine Zeit, irgendwo an welchen Ladesäulen zu warten oder die zu suchen oder wenn sie kaputt sind oder was weiß ich was. Ich fahre zur Tankstelle, habe da glaube ich einen Aufenthalt von drei bis fünf Minuten. Dann komme ich wieder 1200 Kilometer weit mit. Ziel erreicht: Das Autohaus in Kerpen, in dem er als Werkstattdirektor arbeitet.“

Sein Kollege, Verkaufsleiter Thorsten Schiller, war auch überzeugter Verbrennerfahrer. Dann ist er ebenso überzeugt umgestiegen.

Thorsten Schiller: „Es ist jetzt an der Zeit, was für die Umwelt zu tun. Und wenn man sich das Verkehrsvolumen in Deutschland anguckt, sind wir eigentlich eine der Nationen, die am meisten CO₂ im Straßenverkehr ausstoßen.“

Sein Vorteil, das ist ihm bewusst, er kann sein Auto zu Hause laden.

Moderatorin: „Wir leben in einem Land, in dem jede noch so kleine Wohnung für viele zum Sehnsuchtsort geworden ist, gerade für Jüngere. Denn was nützt ein Ausbildungs- oder Studienplatz, wenn man sich weder ein WG-Zimmer noch ein anderes Zuhause leisten kann? Es fehlen bundesweit rund 1,4 Millionen bezahlbare Wohnungen. Das zeigt eine Studie des Bündnisses *Soziales Wohnen*, die heute vorgestellt wurde. Außerdem fallen immer mehr Sozialwohnungen aus der Preisbindung. Und so gibt es heute nur noch etwa halb so viele wie 2007. Über den eklatanten Wohnungsmangel gerade in der Großstadt, Markus Reher.“

Hazim Mahouk sucht schon seit ein paar Monaten nach einer Wohnung in Berlin. Noch wohnt der Student bei seinen Eltern, doch mit 20 würde er gern etwas Eigenes haben, sagt er. Das Problem, mehr als 400 bis 500 Euro warm kann er sich nicht leisten. Doch in diesem Preissegment gibt es in Berlin so gut wie nichts, noch nicht mal ein WG-Zimmer.

Hazim Mahouk: „Pro verfügbare Wohnung gibt es Hunderte, wenn nicht Tausende Bewerber, die da halt auch aktiv, genauso wie einer selbst, suchen. Aber am Ende schafft es nur einer.“

So wie Hazim Mahouk geht es vielen Studierenden. Auch Azubis oder ältere Menschen mit geringen Renten haben Probleme bei der Wohnungssuche, sagt das Verbändebündnis *Soziales Wohnen*. Denn vor allem der Bestand an Sozialwohnungen gehe seit Jahren zurück. 2007 gab es noch mehr als zwei Millionen. 2014 waren es noch knapp anderthalb Millionen. Zuletzt nur etwas mehr als eine Million.

Robert Feiger: „Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel zu wenig im bezahlbaren Wohnraum und sozialen Wohnraum investiert. Wir brauchen mindestens 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr, mindestens 400.000 Wohnungen insgesamt und zwar in den nächsten fünf Jahren pro Jahr. Insofern ist das ein schöner Bedarf.“

Doch im vergangenen Jahr sind bundesweit nur 220.000 Wohnungen neu gebaut worden. Wie es gehen kann, bezahlbaren Wohnraum schaffen, das zeigt dieses Projekt in Berlin. Eine städtische Wohnungsbaugesellschaft lässt hier 173 Wohnungen mit mehr als 240 Plätzen entstehen für Studierende und Azubis. Die Mieten orientieren sich an der BAföG-Wohnpauschale. 380 Euro soll ein Wohnplatz kosten. Nur das Heizen kommt noch obendrauf. Gefördert wird das Projekt von Berlin und vom Bund. Es wird kostengünstig gebaut und in relativ kurzer Zeit.

Lars Holborn: „Aber, klar ist auch, der soziale Wohnungsbau ist von den Renditeerwartungen natürlich anders anzusetzen als frei finanzierter Wohnungsbau. Sie müssen sich mit geringeren Renditen zufrieden geben, wenn Sie sozialen Wohnungsbau machen. Das ist vor allen Dingen deswegen auch eine Aufgabe der kommunalen Gesellschaften, die eben diese geringe Renditeerwartung haben, weil wir keine zweistelligen Prozentrenditen erwarten aus diesem Projekt.“

In Deutschland müssen Studierende im Schnitt mehr als die Hälfte ihres Monatsbudgets fürs Wohnen ausgeben. Hazim Mahouk gibt die Hoffnung auf eine eigene Unterkunft trotzdem nicht auf.

Mehr als 10.000 Unterschriften haben die *Omas gegen rechts* gesammelt und übergeben sie heute SPD und Grünen. *Prüf* heißt auch die Kampagne von Satiriker Nico Semsrott, die zu regelmäßigen Demos aufruft. Die Forderung: die Überprüfung der AfD durch das Bundesverfassungsgericht.

Nico Semsrott: „Es wäre völlig absurd, ausgerechnet im Land des TÜVs, der Stiftung Warentest, bei der wichtigsten Frage, auf eine Prüfung zu verzichten. Die wichtigste Frage ist, möchte eine Partei die Demokratie abschaffen oder nicht.“

Tatsächlich hat der Druck von außen geholfen. Rot-Grün will mit Bund und Ländern ein Verbotsverfahren der AfD prüfen, wenn auch das Verwaltungsgericht in Köln, die AfD als gesichert Rechtsextrem einstuft.

Sina Imhof (Die Grünen): „Die AfD bewegt sich nicht in einer Grauzone. Sie hat sich in den letzten Jahren vor den Augen der Öffentlichkeit radikalisiert. Es ist eine schon fast tragische Ironie. Diese Partei schreit nach Freiheit und exekutiert dabei Schritt für Schritt die Anleitung zu ihrer Abschaffung.“

Doch die CDU glaubt, dieser Antrag schade der Sache mehr, als dass er nütze.

Dietrich Wersich (CDU): „Sondern er ist leider wieder einmal eine willkommene Vorlage für die AfD, sich hier als Opfer, als demokratisches Opfer zu präsentieren. Es nützt, diese Debatte hier im Parlament nützt nur den Extremisten von Rechts und links.“

Für die Linken ist die Debatte mehr als überfällig.

Denis Celik (Linke): „Es wurde viel zu lange gezögert. Wertvolle Zeit ist verloren gegangen. Wir warnen deshalb auch eindringlich davor, ein Verbotsverfahren auf die lange Bank zu schieben.“

Und die AfD? Die sieht in dem Antrag nur die Ohnmacht der anderen Parteien und macht eine Steilvorlage für sich selbst daraus.

Dirk Nockemann (AfD): „Sie prüfen ein Verbotsverfahren gegen die stärkste Partei in diesem Land und sichern sich dadurch ihren Machterhalt. Und die Demokratie ist Ihnen völlig egal. Das ist das, was Sie hier zum Ausdruck bringen.“

Überprüfung der AfD, ja. Doch ein Verbot sei nicht sicher. Bei der AfD müsse Verfassungswidrigkeit festgestellt werden, so der Innensenator.

Andy Grote (SPD): „Voraussetzungen sind sehr hoch. Erreicht die AfD jetzt oder in Zukunft diese Schwelle? Ich weiß es nicht. Ich glaube, wir können das im Moment nicht sicher und seriös beantworten. Aber eines wissen wir ganz sicher. Die Geschichte der AfD als Partei ist die Geschichte einer Einzigen kontinuierlichen Radikalisierung. Ob es soweit kommt, liegt allein in den Händen der AfD.“

CDU und AfD gegen den Antrag, alle anderen dafür. Ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Verbot der AfD, der noch sehr steinig werden dürfte.

Johanna Schüller: „*In Echt* ist ein Projekt, das nachfragt, was die Chancen, aber auch die Grenzen virtueller Realität nach dem Ende der Zeitzeugenschaft für die Erinnerungsarbeit ist. Das Projekt „In Echt“ hat sich bewusst vorgenommen, aus dem Museum raus in den ländlichen Raum zu gehen, an sechs Orte in Brandenburg. Dort haben wir vormittags Workshops für Schülerinnen und Schüler vor Ort angeboten und hatten nachmittags für allgemeines Publikum geöffnet.

Die *In Echt*-Ausstellung ermöglicht BesucherInnen, virtuell NS-ZeitzeugInnen gegenüberzusitzen und ihren Geschichten aus der NS-Zeit zuzuhören..“

Dr. Wenke Wegner: „Das Besondere an dieser Ausstellung ist, dass wir digitale und analoge Ausstellungsbestandteile miteinander kombinieren. Wir haben Bilder und Texte, die auf lila Säulen im Hintergrund abgedruckt sind und wir haben eine VR-Experience, die wir im Zelt zeigen.

Kurt Hillmann: „Die jungen Leute haben keine Verantwortung dafür, was geschehen ist. Sie haben aber eine Riesenverantwortung auf andere Art, nämlich zu verhüten, dass sich sowas nicht wiederholt.“

Ruth Winkelmann: „Also mir ist es alles willkommen, wenn meine Geschichte dadurch weitergetragen wird.

Johanna Schüller: „Antisemitismus, Rassismus und NS-Geschichte sind Themen, die heutzutage wahnsinnig wichtig sind und wir möchten mit diesem Projekt für eine junge Generation Geschichte erlebbar machen.“

Dr. Wenke Wegner: „Die Schülerinnen und Schüler hatten großes Interesse an der VR-Experience. Sie hatten natürlich Lust, sich die Brillen aufzusetzen. Es ging aber über so eine reine Technik-Faszination hinaus. Sie haben sich sichtlich berührt und betroffen gezeigt. Also wir hatten den Eindruck, da hat sich was vermittelt.“

Schülerin 1: „Es war erschreckend ein bisschen, es war auch cool, aufregend und sehr traurig auch.“

Schülerin 2: „Ich hatte schon das Gefühl, dass ich auch mitkommuniziere, als wäre man eben direkt in Verbindung mit der Person, die einem da gegenüber sitzt.“

Dr. Wenke Wegner: „Die Ausstellung wird während der gesamten Laufzeit wissenschaftlich begleitet. Es geht um emotionale Ansprache und Wissenstransfer. Wir erheben belegbare Daten und können so am Ende sagen, ja, das hat funktioniert..“

Katja Melzer: „Als Kultur- und Bildungseinrichtung ist es uns wichtig, über die Auseinandersetzung mit Geschichte das Demokratiebewusstsein zu fördern. Insbesondere für eine junge Generation, aber nicht ausschließlich. Und mit dem Projekt „In Echt“ ist es uns gelungen, ganz neue Wege in der historisch-politischen Bildungsarbeit zu gehen.“

Dr. Andrea Despot: „Das Projekt ist für uns ein echtes Pionierprojekt, das wir aus Überzeugung befördert haben. Es ist an der Schnittstelle von aufsuchender Bildungs- und Erinnerungsarbeit. Es geht zu den Menschen hin und es bringt eben diese Begleitung und diese Debatte auch, die wir brauchen, für diese großen Fragen der Zukunft und der zukünftigen Zeitzeugnisse.“

Die prallgefüllte *Zeit*, die einst auf dem Hamburger Fischmarkt zum Einwickeln genutzt wurde. Die sich über die Jahrzehnte zu einem der einflussreichsten Wochenzeitungen Deutschlands entwickelt hat. Für die 80. Jubiläumsausgabe hat Chefredakteur Giovanni di Lorenzo persönlich die 68er-Ikone Uschi Obermaier interviewt und blickt auf die letzten Jahrzehnte zurück.

Giovanni di Lorenzo: „80 Jahre in einer Zeit, in der Medien sehr unter Druck geraten sind, freuen wir uns, dass es uns doch gelungen ist zu wachsen. Wir erreichen immerhin mit all unseren Kanälen fast 20 Millionen Menschen. Das ist dafür, dass *Die Zeit* es auch in Anspruch hat und nicht alle Texte, die wir machen, ganz leicht zu lesen sind, ist doch eigentlich auch ein ermutigendes Zeichen. Es gibt ein Bedürfnis nach der Art von Journalismus, die wir anbieten.“

Vor genau 80 Jahren wird *Die Zeit* gegründet, mitten in den Trümmern nach dem Zweiten Weltkrieg, als die britische Militärregierung eine Zeitungslizenz an den deutschen Verleger Gerd Bucerius erteilt. Am 21. Februar 1946 geht die erste Ausgabe an den Start, acht Seiten für 40 Pfennig. Die Anfangsjahre sind geprägt von politischen Machtkämpfen innerhalb des Medienhauses. Ab 1983 ergänzt Altbundeskanzler Helmut Schmidt das Führungsteam *Der Zeit*.

Helmut Schmidt: „Habe ich das sehr gerne gemacht, weil ich im Grunde einverstanden war mit der Grundlinie, die die Zeit verfolgte.“

Doch nicht alle sehen das so. Für manche ist die Zeitung zu links ausgerichtet, für die anderen aber spannende Lektüre.

Passant 1: „Kultur, Hochkultur.“

Passantin 2: „Dann lese ich den einen Artikel, aber dann bin ich erstmal so weit, dass ich eine Pause machen muss.“

Passant 3: „Ich habe sie jetzt länger nicht mehr gelesen. Das hat auch einen Grund, weil nach meinem persönlichen Empfinden war die Ausrichtung irgendwann, zu irgendeinem Zeitpunkt etwas einseitig.“

Die Zeit geht wörtlich mit der Zeit, produziert seit 2017 über 30 Podcasts mit täglich zwei Folgen. Sie erreicht mit den digitalen Produkten auch den Videoformaten wie TikTok vor allem das junge Publikum. Giovanni Di Lorenzo, in seinem Büro von oben bis unten mit Zeittitelseiten tapeziert, sagt, neben der Verjüngung und der inhaltlichen Erweiterung bleibe die Wochenzeitung das Herzstück *Der Zeit*.

Giovanni di Lorenzo: „Es ist schon der größte Schatz, den wir haben, unsere eigene Leserschaft.“

Journalistin: „Wie würden Sie denn den typischen Zeitleser beschreiben?“

Giovanni di Lorenzo: „Liebevoll zu uns, aber auch uns gegenüber immer kritisch. Und das ist gut.“

Glaubwürdigkeit, Vertrauen. Zwei zentrale Werte, an denen die Zeit auch in den nächsten Jahrzehnten unbedingt festhalten will.

ALL 10

Start für KI-Campus

Es ist so groß wie 42 Fußballfelder und es soll Deutschland in die Zukunft katapultieren, beziehungsweise den Anschluss an die Zukunft nicht verpassen lassen. Auf einem Neubaugebiet im Stadtteil Neckargartach von Heilbronn liegen große, größte Erwartungen. Gucken wir vielleicht erstmal auf die schnöden Fakten. Heute ist Spatenstich für einen KI-Innovationspark dort. Künftiger Arbeitsplatz für Tausende, die an der Entwicklung und Anwendung künstlicher Intelligenz arbeiten. Ein zentraler Campus, ein vernetzter Ort, der bereits während gerade erst die Bagger anrücken, Strahlkraft entwickeln soll für Deutschland, für Europa. Max Schwarz berichtet.

Es ist nur eine Baustelle am Rande von Heilbronn, doch damit verbunden eine Vision. Hier soll Europas KI-Hotspot entstehen und sie wollen die Pioniere sein. Wir sind zu Gast in der ersten digitalen Fabrik der Schwarz-Gruppe. Hier in Rheine produzieren sie Kaffee für ihre europäischen Filialen von Kaufland und Lidl. Möglich macht das KI, die den Röstgrad der Bohnen kontrolliert oder falsch gelabelte Verpackungen erkennt.

Sascha Rowohl, IT-Leiter Schwarz Produktion

„Über alle unsere Werke verarbeiten wir ca. 30 Millionen Bilder pro Tag und davon machen wir 20 Millionen Produktentscheidungen. Das heißt, hier stellen wir fest, ist das Produkt in Ordnung oder nicht. Das ist manuell gar nicht möglich. Das kann ich nur mit vielen Daten machen, die ganz schnell ausgewertet werden müssen.“

Und weil Daten nun mal das Gold der Zukunft sind, investieren sie längst nicht nur in die eigene Digitalisierung, sondern auch in KI-Infrastruktur. Der IPAI-Campus, ein milliardenschweres Prestigeobjekt.

Moritz Gräter, Geschäftsführer IPAI-Campus

„Wir verstehen uns als Plattform, die KI in die Anwendung bringen will. Dafür brauchst du Industrieunternehmen, Anwendungsunternehmen, du brauchst aber auch die Technologieseite. Und das alles kommt eben auf dieser Plattform zusammen und der Campus ist die perfekte Symbolik dafür.“

Eine Symbolik, in deren Lichte sich beim heutigen Spatenstich gleich drei Mitglieder der Bundesregierung sonnen wollen. Es ist auch die Suche nach Lichtblicken in der Krise, die Suche nach einem neuen Wohlstandsmodell.

Friedrich Merz CDU, Bundeskanzler

„Auch und gerade, indem wir eben diese technologische Revolution mitgestalten, die in diesem Augenblick nicht nur hier, sondern auf der ganzen Welt geschieht. Wir stehen vor der Aufgabe, schnell technologisch souveräner zu werden. In Deutschland und in Europa.“

Doch bisher hinkt Deutschland im KI-Wettlauf mit den USA und China noch immer hinterher. Auch weil viele Industrieunternehmen mit dem Einsatz von KI zögern.

Moritz Gräter, Geschäftsführer IPAI-Campus

„Wenn wir es nicht schaffen, KI und datengetriebene Logiken und Geschäftsmodelle in unsere Wertschöpfungsketten zu bekommen in Deutschland, gerade bei diesen Mittelständlern, sind wir die längste Zeit Weltmarktführer gewesen.“

Die Erwartungen an diese Baustelle am Rande von Heilbronn, die Erwartungen an den IPAI-Campus könnten kaum größer sein. Es geht um die Frage, ob es Deutschland schafft, die Kräfte zu bündeln, von Unternehmen, Forschern, Politik. Es geht um ein neues Betriebssystem für die deutsche Wirtschaft.